

Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 11. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
28. August 2008	14:58 Uhr	17:05 Uhr	Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|--|------------------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 26. Juni 2008 | |
| TOP 3 | Bericht über die Evaluation von Maßnahmen in der Migrantenförderung | Vorlage G 29/17 |
| TOP 4 | Sachstandsbericht zur Anerkennung der Berufsfachschule für Kosmetik | Vorlage G 30/17 |
| TOP 5 | Programm „Geld statt Stellen“; Verlagerung vom Personalbudget zum Sachhaushalt | Vorlage G 31/17 |
| TOP 6 | Produktbereichscontrolling 2008; Produktplan Bildung, Stand 30.06.2008 | Vorlage L 49 - G 32/17 |
| TOP 7 | Bericht zur Planung und Umsetzung des Schulentwicklungsprozesses in der Stadtgemeinde Bremen | Vorlage G 33/17 |
| TOP 8 | Verschiedenes | |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird auf Vorschlag von Frau Senatorin Jürgens-Pieper durch den Tagesordnungspunkt 7: "Bericht zur Planung und Umsetzung des Schulentwicklungsprozesses in der Stadtgemeinde Bremen" (Vorlage G33/17) ergänzt. Frau Stahmann beantragt die Aussetzung des TOP: 3 und bittet um Ergänzung der Vorlage durch die Nennung von Geld- und Drittmitteln, Teilnehmer/innenzahlen und Erfolgen aufgeteilt nach Mädchen und Jungen.

Die Tagesordnung wird einstimmig mit den vorstehenden Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 26. Juni 2008

Das Protokoll der 10. Sitzung der Deputation für Bildung vom 26. Juni 2008 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Bericht über die Evaluation von Maßnahmen in der Migrantenförderung

Vorlage G 29/17

Der Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt

TOP 4 Sachstandsbericht zur Anerkennung der Berufsfachschule für Kosmetik **Vorlage G 30/17**

Herr Rohmeyer spricht sich für eine Absicherung des Angebotes aus und bittet die Behörde, nach Wegen zu suchen , um die Schüler/-innen finanziell zu entlasten.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Anerkennung der Berufsfachschule zur Kenntnis.

TOP 5 Programm „Geld statt Stellen“; Verlagerung vom Personalbudget zum Sachhaushalt **Vorlage G 31/17**

Auf die Fragen von Herrn Rohmeyer, ob durch die Maßnahme Stellen bei der Unterrichtsversorgung fehlen und die Personalausstattung an den Schulen gefährdet sei und Frau Schmidke, ob das Geld verfalle, wenn kein entsprechendes Personal gefunden würde, antwortet Frau Moning, dass mit dem Geld zusätzliches Personal flexibel eingestellt werden könne, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Dieses Instrument werde insbesondere von den budgetierten Berufsschulen, von denen es bisher keine negativen Rückmeldungen gebe, genutzt. Herr Bothmann ergänzt, dass die Schulen zur Gewinnung von Personal, hier kreativ vorgehen und Eigeninitiative entwickeln. Frau Alpers fragt, wie hoch der Krankenstand in den Schulen sei und ob die vorgesehenen 5% in Grundschulen und 3% der Sekundarschule als pauschalierte Krankenreserve ausreichend seien. Frau Senatorin Jürgens-Pieper weist darauf hin, dass nicht jeder Unterrichtsausfall durch Krankheit verursacht werde und für längerfristige Erkrankungen noch die sogenannte „Lehrerfeuerwehr“ zur Verfügung stehe. Herr Bothmann ergänzt, dass in Schulen, wo ganz besonders umfangreiche Ausfälle eintreten, diese durch zusammengefasste Ausgabereise ausgeglichen werden.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt der Umsetzung des Programms „Geld statt Stellen“ für das Schuljahr 2008/09 zu und bittet den Haushalts- und Finanzausschuss um Zustimmung der Mittelverlagerung im Jahr 2008.

TOP 6 Produktbereichscontrolling 2008; Produktplan Bildung, Stand 30.06.2008 **Vorlage L 49 - G 32/17**

Zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes siehe Protokoll der staatlichen Sitzung der Deputation für Bildung vom 28.08.2008.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 7 Bericht zur Planung und Umsetzung des Schulentwicklungsprozesses in der Stadtgemeinde Bremen Vorlage G 33/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert ausführlich die Vorlage. Herr Rohmeyer kritisiert, dass nicht eine einheitliche Schulentwicklung erfolge, so bestünde die Gefahr einer uneinheitlichen und intransparenten Entwicklung. Herr Güngör weist die Ausführungen von Herrn Rohmeyer zurück. Es handele sich um eine sehr transparente Entwicklung, die eine Qualitätsverbesserung in der Schule zum Ziel habe. Wichtig sei, dass sich wirklich etwas ändere, wofür die Anzahl von Schulen stünde, die integrativ tätig werden wollen. Herr Dr. Buhlert begrüßt die hohe Motivation der Schulen, sich zu beteiligen und betont die Bedeutung eines zügigen Vorgehens, insbesondere im Hinblick auf die anstehenden nötigen Schulgesetzänderungen. Er fragt, ob die Planungsgruppen 13 und 14 nicht zusammen zu diskutieren seien. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bestätigt, dass die schon eingerichtete Planungsgruppe der Wilhelm-Kaisen-Schule (Nr. 13) in den Gesamtprozess einbezogen werden solle. Frau Stahmann betont, dass alle Schulen über das Procedere Klarheit bekommen müssten und sich keine Schule ausgeschlossen fühlen dürfe. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bestätigt die Aussage von Frau Stahmann, dass es nicht nur zu punktuellen Angliederungen von Förderzentren sondern zu einer umfänglichen Integration im Bremer Schulgebiet kommen solle. Frau Senatorin Jürgens-Pieper nimmt zu den Planungsgruppen 1 und 18 Stellung und betont, dass es viele innere Veränderungen über den bestehenden Verbund hinaus geben wird. Frau Moebus (ZEB) zeigt sich erfreut über den Planungsstand, vermisst dabei aber die durchgängigen Gymnasien und befürchtet, dass aufgrund des sogenannten Bestandschutzes, hier weniger Motivation bestünde, über Veränderungen nachzudenken. Frau Senatorin Jürgens-Pieper führt aus, dass es sich hier um eine Bewerbungsrunde auf freiwilliger Basis handele, die nicht beeinflussbar sei. Sie erklärt, dass die Schulgesetznovelle die große Klammer der gemeinsamen Entwicklung sichtbar machen werde. Dann werden sich alle weiteren Schulen den Veränderungen stellen müssen.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Stand der inhaltlichen Überlegungen zur Planung und Umsetzung des Schulentwicklungsprozesses in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

TOP 8 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage der CDU-Beiratsfraktion Vegesack zur Unterrichtssituation am Gymnasium Vegesack vom 17.07.2008 wurde vorgelegt.

2. Der Bericht zur Schulbusbeförderung Timmersloh/Am Hexenberg auf die Frage von Herrn Rohmeyer wurde verteilt. Auf die Bitte von Herrn Rohmeyer, die Eltern bei der Ausgestaltung der Regelung zu beteiligen, erklärt Herr Bothmann, dass es in der Vergangenheit ein umfangreiches Beteiligungsverfahren gegeben habe. Kinder dürften nicht in Schulbussen unangemeldet mitgenommen werden, da die Buskapazitäten nicht planbar seien und es dann zu Gefährdungen von Kindern kommen könne. Frau Stahmann und Herr Rohmeyer sprechen sich für eine weitere Erörterung der Problematik Schulbusbeförderung für schulferne Gebiete und Zwergschulen aus. Herr Güngör bittet um eine ausführliche Vorlage unter Angabe finanzieller Gesichtspunkte in einer der nächsten Sitzungen.
3. Die Terminplanung der Deputation für Bildung (städt.) 2009 wird vorgelegt und einstimmig beschlossen.
4. Die Pressemitteilung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zum Schuljahresbeginn wird vorgelegt.
5. Herr Staatsrat Othmer nimmt Stellung zum gemeinsamen Elternbrief des ZEB, der Verkehrswacht, des Weser Kurier und der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zur Einschulung und erklärt, dass der Datenschutz sichergestellt sei. Der Weser-Kurier habe die Adressdaten zur einmaligen Verwendung erhalten und an die beauftragte Druckerei weitergeleitet. Beide haben schriftlich erklärt, dass die Adressdatei im Anschluss an den Versand der Elternbriefe vernichtet wurde. Herr Rohmeyer spricht sich für ein besseres Verfahren aus und schlägt vor, die Briefe von den Schulen verteilen zu lassen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass es sich um eine zu begrüßende Kooperation im Sinne der Schüler/innen, Eltern und aller Beteiligten handele und, dass, wenn es bei den Eltern keine Bedenken gebe, das Verfahren nicht verändert werden solle. Frau Moebus berichtet von nur wenigen Rückmeldungen, die in der Mehrzahl positiv gewesen seien. Im weiteren sprechen sich Herr Dr. Buhlert, Herr Beilken und Herr Güngör für einen sensiblen Umgang mit Datenschutz und Sponsoring aus. Frau Senatorin Jürgens-Pieper kündigt an, dass künftig im Vorfeld, des seit 2005 praktizierten Verfahrens, der Datenschutzbeauftragte einbezogen und der Bericht des Datenschutzbeauftragten veröffentlicht werde.
6. Frau Senatorin Jürgens-Pieper gibt einen ausführlichen Bericht zu den Klageverfahren bei der Schulanwahl. Sie erklärt, dass die Klagebegründungen noch nicht vorlägen, dass aber insbesondere über die Geschwisterregelungen, Klassenfrequenzen und Härtefallregelungen mehr Klarheit hergestellt werden müsse. Herr Dr. Buhlert weist daraufhin, dass es für bestimmte Regelungen ein Primat der Politik geben müsse. Herr Staatsrat Othmer hält ein Primat der Politik in bestimmten Fragen für wichtig, spricht sich aber auch deutlich für einen Ermessensspielraum für die Schulen aus und erklärt, dass das weitere Verfahren nach Vorliegen der Begründungen besprochen werde.
7. Frau Senatorin Jürgens-Pieper nimmt Stellung zur Raumsituation am Förderzentrum Vegesacker Str.. Sie erklärt, dass aufgrund der Machbarkeitsstudie Veränderungen am Standort vorgenommen werden. Da nun auch das Gutachten zur Entwicklung der Son-

derpädagogischen Förderung vorläge, sind zielperspektivische Entscheidungen mit der Schule und dem Beirat zu beraten. Sie kündigt einen Bericht unter Einbeziehung der Grundsichulsituation an und erklärt, dass die Behebung der schlechten Schulraumsituation oberste Priorität habe.

8. Frau Schmidtke weist daraufhin, dass bei mehrtägigen Klassenfahrten das Sozialressort die Kosten übernehme, wenn in der Richtlinie eine Höchstgrenze für die Kosten der Klassenfahrt festgelegt sei. Da die Richtlinie Ausnahmen zur Höchstgrenze vorsehe, habe Soziales Schwierigkeiten bei der Bewilligung. Herr Bothmann sagt eine Vorlage zur Richtlinie in einer der nächsten Sitzungen zu. Herr Dr. Buhlert bittet um eine vorherige Abstimmung der Vorlage mit Soziales.

Senatorin

Sprecherin

Protokollantin